

Regelsetzung im Privatrecht

Herausgegeben von
FLORIAN MÖSLEIN



Mohr Siebeck

Regelsetzung im
Privatrecht



Regelsetzung im Privatrecht

Herausgegeben von
Florian Möslein

Mohr Siebeck

Florian Möselein, ist Professor für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht an der Philipps-Universität Marburg.
orcid.org/0000-0002-6733-6102

ISBN 978-3-16-155895-5 / eISBN 978-3-16-156196-2
DOI 10.1628/978-3-16-156196-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Stempel Garamond gesetzt und von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Das Vorwort zu diesem Sammelband datiert eigentlich bereits aus dem Jahr 2004. Damals veröffentlichte *Holger Fleischer* einen Aufsatzbeitrag, der den Untertitel „Prolegomena zu einer Theorie gesellschaftsrechtlicher Regelung“ trug. Seit diesem kraftvollen Auftakt sind in Deutschland weit mehr als ein Dutzend einschlägige Monographien erschienen, die sich alleamt mit privatrechtlichen Regelungsfragen befassen, etwa mit zwingendem und dispositivem Recht, mit hybriden Regulierungsinstrumenten, gesetzlichen Mustern und Fragen der Normkonkretisierung – insgesamt über neuntausend Seiten, entstanden innerhalb eines guten Jahrzehnts. Dieser beeindruckende Korpus – noch ergänzt um ein gleichermaßen reichhaltiges anglo-amerikanisches Schrifttum unter der gleichsinnigen Losung „Towards a Theory of Rule-Making!“ – verlangte nach einem (zumindest vorläufigen) Epilog, der die neuen Erkenntnisse der privatrechtlichen Regelungslehre bündig zusammenfasst und zugänglich macht.

Die Gründe für jene sprunghafte wissenschaftliche Entwicklung sind vielfältig. Eine wichtige Rolle spielen Kodifizierungsprojekte, ähnlich wie bereits um 1900, als man Regelungsfragen unter Privatrechtlern schon einmal intensiv diskutierte. Inzwischen geht es freilich primär um Projekte auf europäischer Ebene, etwa um das inzwischen aufgegebene Vorhaben eines Europäischen Kaufgesetzbuchs oder um die derzeitige Initiative für ein Europäisches Wirtschaftsgesetzbuch. Etwas tiefgründiger kommen außerrechtliche Impulse hinzu. Die drei zentralen Entwicklungen lassen sich mit den Schlagworten Innovation, Globalisierung und Entstaatlichung beschreiben. Diese Entwicklungen unterwerfen das Privatrecht grundlegenden Änderungen, weil Rechtsbeziehungen zwischen Privaten zunehmend grenzüberschreitend und auf Basis veränderter Staatlichkeit erfolgen. Entsprechend setzt sich die Erkenntnis durch, Privatrechtswissenschaft dürfe sich nicht auf die Arbeit am geltenden Recht beschränken, sondern müsse den Regelgeber bei der Auswahl geeigneter Regelungsinstrumente unterstützen. Konkret geht es darum, nicht lediglich die materiellen Inhalte von Rechtsregeln zu untersuchen, sondern unterschiedliche Regelungsinstrumente und -strategien zu analysieren und im Hinblick auf ihre Regelungsintensität und -wirkung auszumessen.

Genau dieser Forschungsansatz bildet den gemeinsamen Nenner der Beiträge des vorliegenden Sammelbandes. Der Band ist Ertrag eines Workshops, der unter gleichem Titel am 6. und 7. Oktober 2016 am Center for Advanced Studies (CAS) der Ludwig-Maximilians-Universität München stattfand. Die Wurzeln dieses Bandes reichen freilich noch viel tiefer, weil die meisten seiner Autoren schon zu Zeiten ihrer Qualifikationsarbeiten miteinander vernetzt waren. So fand im Jahr 2009 eine Art Vorläuferveranstaltung am Bonner Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter statt, nämlich ein Habilitandenkolloquium unter dem Titel „Regelbildung, Regelungstechnik und Regelwirkung“. Diese Veranstaltung legte den Grundstein für einen intensiven wissenschaftlichen Austausch, an den sich un schwer anknüpfen ließ.

Den Referenten und Autoren gebührt ebenso wie allen weiteren Teilnehmern des Workshops mein herzlicher Dank für den oft langjährigen Austausch sowie für die gedankenreichen Vorträge und Diskussionsbeiträge.

Ein besonderes, stilles Andenken gilt unserem im Oktober 2016, nur wenige Tage nach unserem Workshop, viel zu früh verstorbenen Tübinger Kollegen *Jan Schürnbrand*: Dass der abgedruckte Beitrag sein letzter Vortrag sein sollte, ist nach wie vor schwer zu fassen.

Für die Ko-Finanzierung des Workshops gebührt sowohl der VolkswagenStiftung als auch dem Center for Advanced Studies (CAS) der Ludwig-Maximilians-Universität München mein nachdrücklicher Dank. Das Center war überdies ein perfekter Gastgeber, weil es mit seiner Villa nicht nur den idealen Rahmen für die Veranstaltung bot, sondern auch hervorragende organisatorische Hilfe leistete, wofür ich vor allem Frau Dr. *Annette Meyer*, Frau Dr. *Susanne Schaffrath* und Frau *Isabella Schopp* herzlich danke. Nicht zuletzt hat das Center die Drucklegung des vorliegenden Bandes durch Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses erst möglich gemacht; hierfür bin ich dessen Vorstand über alle Maßen dankbar. Der größte Dank gebührt jedoch meinen Mitarbeitern und studentischen Hilfskräften, die Organisation und Nachbereitung des Workshops sowie die Endredaktion dieses Bandes so tatkräftig unterstützt haben, besonders *Patrick Hell*, *Nicolas Lippert*, *Felix Abetz*, *Tobias Koch*, *Niklas Frobel*, *Lisa Beer*, *Emmelie Lotzow* und, last but not least, *Moritz Schütrumpf*.

Das Werk ist im Wesentlichen auf dem Stand von Juli 2018. Für Hinweise und Kritik sind Autoren und Herausgeber stets dankbar.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	IX
§1 Regelsetzung als Forschungsgegenstand der Privatrechtswissenschaft <i>Florian Möslein</i>	1
1. Teil: Grundlagen	29
§2 Rechtswissenschaft als Regelungswissenschaft <i>Gunnar Folke Schuppert</i>	31
§3 Ökonomik privatrechtlicher Regelsetzung <i>Wolfgang Kerber</i>	59
§4 Regelsetzung als staatlich-privat interaktiver Prozess – Vom „Steuerungsdurcheinander“ zur Regulierungsstrategie? <i>Steffen Augsberg</i>	95
§5 Regelungsziele im Privatrecht <i>Alexander Hellgardt</i>	121
§6 Regelsetzung und Methodenlehre <i>Florian Möslein</i>	137
2. Teil: Regelungs- und Durchsetzungsinstrumente	163
§7 Zwingendes Recht als Teil einer Regelsetzungslehre des Privatrechts <i>Moritz Renner</i>	165
§8 Regelformulierung und Regulierung durch abdingbares Recht <i>Lorenz Kähler</i>	185
§9 Muster im Recht: Gesetzliche Muster und Modellgesetze <i>Jan Schürnbrand</i>	205

§ 10 Aufsichts- und zivilrechtliche Regeldurchsetzung – Abstimmung und Verzahnung am Beispiel von Kartell- und Kapitalmarktrecht <i>Dörte Poelzig</i>	227
§ 11 Regelsetzung durch Gerichte als evolutionärer Prozess – Von Darwin zur Dashcam <i>Rupprecht Podszun</i>	255
3. Teil: Referenzgebiete	301
§ 12 Regelsetzung im Verbraucherschutzrecht <i>Eva Tscherner</i>	303
§ 13 Regelsetzung im Kartellprivatrecht – Schadensersatzhaftung als Herausforderung für das institutionelle Gleichgewicht in der Europäischen Union <i>Jens-Uwe Francke</i>	331
§ 14 Regelsetzung im Gesellschaftsrecht <i>Jens-Hinrich Binder</i>	373
§ 15 Private Regelsetzung im Kapitalmarktrecht <i>Thilo Kuntz</i>	397
§ 16 Regelsetzung im Arbeitsrecht <i>Matteo Fornasier</i>	439
Autorenverzeichnis	465
Stichwortverzeichnis	467

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	anderer Meinung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEDIPr	Anuario Español de Derecho Internacional Privado
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	(Die) Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIFM	Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Manager)
AktG	Aktiengesetz
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv für öffentliches Recht
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
Ausg.	Ausgabe
Australian J. Legal Phil.	Australian Journal of Legal Philosophy
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz AT	Amtlicher Teil des Bundesanzeigers
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck'sche Rechtsprechung
Beih.	Beiheft
bes.	Besonders
Beschl.	Beschluss

BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	Beziehungsweise
Cal. L. Rev.	California Law Review
CMLR	Common Market Law Review
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
CPI	Competition Policy International
d. h.	das heißt
DAJV	Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	Derselbe
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
dies.	dieselbe/n
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Duke L.J.	Duke Law Journal
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E. L. Rev.	European Law Review
ebda.	Ebenda
EBLR	European Business Law Review
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	Europäische Gemeinschaft bzw. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (nach Artikelbezeichnung)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
engl.	Englisch

EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ERCL	European Review of Contract Law
ERPL	European Review of Private Law – Revue européenne de droit privé – Europäische Zeitschrift für Privatrecht
et al.	et alii/et aliae/et alia; und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union bzw. Vertrag über die Europäische Union (nach Artikelbezeichnung)
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUVR	Zeitschrift für europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f., ff.	folgende
FG	Festgabe
Florida St. Univ. L. Rev.	Florida State University Law Review
Fn.	Fußnote
Ford. Int. L. J.	Fordham International Law Journal
Ford. Law Rev.	Fordham Law Review
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
gem.	Gemäß
Geo. Wash. L. Rev.	George Washington Law Review
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH Rundschau
GPR	Gemeinschaftsprivatrecht
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h. M.	herrschende Meinung
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hervorh. i. Orig.	Hervorhebung im Original
HGB	Handelsgesetzbuch
HKK	Historisch-kiritscher Kommentar
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel

i. E.	im Einzelnen
i. e. S.	im engeren Sinne
i. Erg.	im Ergebnis
i. H. v.	in Höhe von
i. O.	im Original
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
IJCLR	International Journal of Comparative Legal Research
Ind. L. J.	Indiana Law Journal
insbes.	Insbesondere
Iowa L. Rev.	Iowa Law Review
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrecht
IPSR	International Political Science Review
J. Cons. Pol.	Journal of Consumer Policy
J. Corp. Law	Journal of Corporation Law
J. Econ. Issues	Journal of Economic Issues
J. L. Soc'y	Journal of Law & Society
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies
J. Evol. Econ.	Journal of Evolutionary Economics
J. Pol. Econ.	Journal of Political Economy
JbJ. ZivRWiss.	Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler
JBl.	Juristische Blätter
JCLS	Journal of Corporate Law Studies
JherJB	Jhering Jahrbücher
JITE.	Journal of Institutional and Theoretical Economics
jur.	juristisch/e
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KJ	Kritische Justiz
KOM	Dokument der Europäischen Kommission
KonsG	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse
krit.	Kritisch
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
l.Sp.	linke Spalte
LAG	Landesarbeitsgericht
LGDJ	Librairie générale de droit et jurisprudence
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft
Ls.	Leitsatz
Ltd.	Limited

m. a. W.	mit anderen Worten
m. E.	meines Erachtens
m. N.	mit Nachweisen
m. w. H.	mit weiteren Hinweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MdB	Mitglied des Bundestags
Michi.L. Rev.	Michigan Law Review
MMR	MultiMedia und Recht
Mrd.	Milliarde(n)
n. F.	neue Fassung
N. Y. U. L. Rev.	New York University Law Review
Nachw.	Nachweise
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechung
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw.U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.	Oben
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv
oHG	offene Handelsgesellschaft
ÖJT	Österreichische Juristentag
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Entscheidungen der Oberlandesgerichte
Or. L. Rev.	Oregon Law Review
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Oxford J. Legal Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
PECL	Principles of European Contract Law
PICC	Unidroit Principles of International Commercial Contracts
ProdHG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte
Psychol. Rev.	Psychological Review
r.Sp.	rechte Spalte
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAND J. Econ.	RAND Journal of Economics
RdA	Recht der Arbeit
Reg.Begr.	Regierungsbegründung
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rs.	Rechtssache (Aktenzeichen des EuGH)
Rspr.	Rechtsprechung
RTDeur	<i>Revue</i> trimestrielle de droit européen
RW	Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
s./S.	siehe/Siehe; Seite; Satz
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
sc.; scil.	scilicet; das heißt; nämlich
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannte/r/s
st.	ständig(e)
Stan. Entl. L. J.	Stanford Environmental Law Journal
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Tex. L. Rev	Texas Law Review
Tex. Wesleyan L. Rev	Texas Wesleyan Law Review
TKG	Telekommunikationsgesetz
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
Tz.	Textzahl
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.	unten; und
u. a.	unter anderem; und anderer
u.ä.	und ähnliche
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
u. v. a. m.	und viele andere mehr
UCLA. L. Rev	University of California Law Review
Urt.	Urteil
USA	United States of America; Vereinigte Staaten von Amerika
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v. a.	vor allem
Va.L. & Bus. Rev.	Virginia Law & Business Review
Va.L. Rev.	Virginia Law Review
Vanderbilt L. Rev.	Vanderbilt Law Review
verb. Rs.	Verbundene Rechtssachen
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
Verf.	Verfasser; Verfassung
VersR	Versicherungsrecht
Verw	Die Verwaltung
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche

vs.	versus
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VW	Volkswagen
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WM	Wertpapiermitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WTO	World Trade Organization; Welthandelsorganisation
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Yale L. J.	Yale Law Journal
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZAK	Zivilrecht Aktuell
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZDF	Zweites deutsches Fernsehen
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung; Vierteljahresschrift für staatliche und kommunale Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZgS	Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	Zitiert
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR N. F.	Zeitschrift für schweizerisches Recht, neue Folge
zust.	zustimmend
zutr.	Zutreffend
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Regelsetzung als Forschungsgegenstand der Privatrechtswissenschaft

Florian Möslein

I. Entwicklungslinien	1
1. Vorläufer	2
2. Parallelismen	4
a) Öffentlich-rechtliche Gesetzgebungslehre	4
b) Anglo-amerikanischer „rules-talk“	6
3. Hochphase	7
II. Tableau der Regelungsinstrumente	10
1. Regelgeber	11
2. Regelungs- und Durchsetzungsintensität	13
3. Regelungszuschnitt	16
III. Forschungsperspektiven	17
1. Regelsetzung und -anwendung	18
2. Inter- und Intradisziplinarität	20
3. Dynamik und Stabilität	22
IV. Gang der Darstellung	25
1. Grundlagen	25
2. Regelungs- und Durchsetzungsinstrumente	26
3. Referenzgebiete	26

I. Entwicklungslinien

Der vorliegende Band handelt von der Regelsetzung im Privatrecht. Es geht um die als „modal“ bezeichnete¹ Fragestellung, auf welche Art und Weise Regeln im Bereich des Privatrechts zu setzen seien, um bestimmte Regelungsziele zu erreichen: „How to make rules work?“.² Diese Fragestellung ist keineswegs neu, sondern beschäftigt Regelgeber, denen an der Wirksamkeit der von ihnen erlassenen Regeln gelegen ist, geradezu zwangsläufig; in Rechtswissenschaft und Rechtspolitik schwingt sie deshalb seit langem zumindest mit. Spätestens seit-

¹ Zum Begriff vgl. *Binder*, Regulierungsinstrumente und Regulierungsstrategien im Kapitalgesellschaftsrecht (2012), S. 24–34.

² *Black*, Rules and Regulators (1997), S. 5.

dem *Horst Eidenmüller* und *Holger Fleischer* die „Analyse von Regulierungsstrategien“ und die Entwicklung einer „Theorie gesellschaftsrechtlicher Regelung“ auf einem Symposium des Hamburger Max-Planck-Instituts im Jahr 2006 als Zukunftsperspektiven der privatrechtlichen Forschung identifizierten, rücken Regelsetzungsfragen zunehmend ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses.³ Sie sind seither zu einem vielbeachteten Untersuchungsgegenstand der modernen Privatrechtswissenschaft geworden, dem unzählige neuere Monographien und Aufsatzbeiträge gewidmet sind.⁴

1. Vorläufer

Diese privatrechtliche Regelsetzungslehre hat sich zwar erst über die letzte Dekade kraftvoll entwickelt. Es gibt aber durchaus historische Vorläufer, die zum Zwecke der Einordnung kurz nachzuzeichnen sind – auch, um den spezifischen Neuigkeitswert und Innovationsgehalt der „modernen“ Regelsetzungslehre anschließend bemessen zu können.

Entwicklungsgeschichtliche Bedeutung hat in dieser Hinsicht das Zeitalter der Kodifikationen, in Deutschland besonders die Epoche um 1900. In dieser Phase lässt sich nämlich eine legislative Methodenbewegung ausmachen, die sich die Aufgabe gesetzt hatte, zu guter Gesetzgebung beizutragen und „Gesetzgebungskunst“ zu betreiben. Aus rechtshistorischer Perspektive haben diese Tendenzen erst kürzlich intensivere Aufmerksamkeit erfahren und bilden den Gegenstand zweier umfangreicher Monographien von *Sigrid Emmenegger* bzw. *Bernd Mertens*.⁵ Beide Arbeiten füllen eine Lücke, weil zuvor einerseits die moderne Gesetzgebungslehre nicht auf historische Vorläufer einging und andererseits die Rechtsgeschichte lediglich sachlich-inhaltliche Fragen der Gesetzgebung in den Blick nahm: „Die historische Dimension der Gesetzgebungstechnik fiel damit sozusagen zwischen die Stühle sowohl der modernen Gesetzgebungslehre als auch der rechtshistorischen Forschung zur Gesetzgebungstheorie“.⁶ Beide Arbeiten belegen eindrucksvoll, dass die Regelsetzungslehre wichtige erste Vorläufer in jener kaiserzeitlichen Methodenbewegung hatte.

Im Gegensatz zum vorangegangenen Kodifikationsstreit, der mit dem „Ob“ der Gesetzgebung gerungen hatte, richtete diese Methodenbewegung den Blick

³ *S. Eidenmüller*, Forschungsperspektiven im Unternehmensrecht, JZ 2007, 487, 490f. bzw. *Fleischer*, Zur Zukunft der gesellschafts- und kapitalmarktrechtlichen Forschung, ZGR 2007, 500, 503.

⁴ Nachw. unten, Fn. 39f.

⁵ *Emmenegger*, Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900 (2006); *Mertens*, Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen: Theorie und Praxis der Gesetzgebungstechnik aus historisch-vergleichender Sicht (2004).

⁶ *Mertens*, Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen: Theorie und Praxis der Gesetzgebungstechnik aus historisch-vergleichender Sicht (2004), S. 5.

auf das „Wie“: Sie suchte nach Kriterien guter Gesetze und entwickelte Methoden, um das jeweils richtige Regelungsziel und -mittel zu ermitteln.⁷ Wenn damit Umsetzungsfragen in den Vordergrund des rechtswissenschaftlichen Interesses rückten, im Übrigen aber das Primat der Politik Anerkennung fand, mag man darin einen Ausdruck des Zweckdenkens im Recht erkennen.⁸ Die Grundsatzdebatten um Naturrecht, Rechtspositivismus und Freirechtswissenschaft fanden gleichwohl Niederschlag, so dass die Diskussion keineswegs „bloß um profane Fragen guten Handwerks“ kreiste.⁹

Bei allen rechtsphilosophischen und -theoretischen Bezügen konzentrierte sich die damalige Methodenbewegung jedoch – neben Verfahrensfragen – auf Sprache, Struktur und Normierungsdichte der Gesetze,¹⁰ betraf also primär die „Grammatik“ der Gesetzgebung. Vor allem vermochte sie nicht, sich dauerhaft als Teildisziplin der Rechtswissenschaft zu etablieren, sondern fand mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein abruptes Ende. Grund waren nicht alleine die kriegsbedingten Probleme, die in den Folgejahren ungleich drängender waren, sondern auch die mangelnde Institutionalisierung der einschlägigen wissenschaftlichen Diskussion. Es fehlte „an einer gemeinsamen Zeitschrift, einer Eingliederung in den Lehrbetrieb“¹¹ und vor allem am wissenschaftlichen Austausch der beteiligten Juristen untereinander: Die Bewegung war, wie *Emmenegger* treffend konstatiert, „von Anfang an kein gezielt initiiertes Pro-

⁷ Dazu ausführlich *Emmenegger*, *Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900* (2006), S. 81–183; vgl. auch *Mertens*, *Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen: Theorie und Praxis der Gesetzgebungstechnik aus historisch-vergleichender Sicht* (2004), S. 12 f.

⁸ S. etwa *Zitelman*, *Kunst der Gesetzgebung* (1904), S. 7 f. („Das ist keine Juristenfrage mehr“); näher: *Emmenegger*, *Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900* (2006), S. 155–160; auch *Vec*, *Mehr als gutes Handwerk, Rechtsgeschichte* 9 (2006), 199, 200; neuerdings ähnlich *Möslein*, *Dispositives Recht* (2011), S. 2 f.; in Anlehnung an *v. Jhering*, *Der Zweck im Recht* (1877).

⁹ So zu Recht *Vec*, *Mehr als gutes Handwerk, Rechtsgeschichte* 9 (2006), 199, 200; ähnlich *Mertens*, *Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen: Theorie und Praxis der Gesetzgebungstechnik aus historisch-vergleichender Sicht* (2004), S. 507 („Gesetzbücher sind ein Spiegel ihrer Zeit nicht nur mit ihrem Inhalt, sondern auch mit der Form, welche sie diesem Inhalt geben“).

¹⁰ *Emmenegger*, *Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900* (2006), S. 184–228; zum Gesetzgebungsverfahren ausführlich *Mertens*, *Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen: Theorie und Praxis der Gesetzgebungstechnik aus historisch-vergleichender Sicht* (2004), S. 17–286.

¹¹ *Emmenegger*, *Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900* (2006), S. 78; zustimmend *Vec*, *Mehr als gutes Handwerk, Rechtsgeschichte* 9 (2006), 199.

jekt miteinander kooperierender Rechtswissenschaftler, sondern eine parallele Bewegung heterogener Autoren in dieselbe Richtung“.¹²

2. Parallelismen

Erst ab den 1970er Jahren fanden vergleichbare Forschungsansätze wieder Interesse, nunmehr unter dem Begriff der Gesetzgebungslehre – und in der deutschsprachigen Rechtswissenschaft bis vor kurzem praktisch ausschließlich innerhalb der Teildisziplin des öffentlichen Rechts.

a) Öffentlich-rechtliche Gesetzgebungslehre

Als Impulsgeber dieser Gesetzgebungslehre gilt die entsprechend betitelte Schrift des Schweizerers *Peter Noll* aus dem Jahr 1973, die in der Folge namentlich durch die beiden Standardwerke von *Hill* und *Schneider* sowie durch unzählige weitere Publikationen ergänzt und fortgedacht wurde, zuletzt etwa durch den Sammelband von *Kluth* und *Krings*.¹³ Zur dauerhaften Etablierung der Gesetzgebungslehre (oder: -wissenschaft) trugen jedoch auch die Errichtung gleich zweier wissenschaftlicher Vereinigungen bei, nämlich der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung e. V. und der European Association of Legislation, außerdem die Begründung einer einschlägigen Zeitschrift (der „Zeitschrift für Gesetzgebung“),¹⁴ die Veranstaltung zahlreicher Tagungen, Symposien und

¹² S. nochmals *Emmenegger*, *Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900* (2006), S. 80.

¹³ *Noll*, *Gesetzgebungslehre* (1973); *Hill*, *Einführung in die Gesetzgebungslehre* (1982); *H. Schneider*, *Gesetzgebung* (3. Aufl. 2002); *Kluth/Krings* (Hrsg.), *Gesetzgebung* (2014); ferner etwa *Achterberg*, *Gesetzgebung als Wissenschaftsdisziplin*, DÖV 1982, 976; *Hill*, *Rechtsdogmatische Probleme der Gesetzgebung*, Jura 1986, 286; *Hotz*, *Methodische Rechtsetzung* (1983); *Meßerschmidt*, *Gesetzgebungslehre zwischen Wissenschaft und Politik – Teil 2*, ZJS 2008, 224; *Müller*, *Elemente einer Rechtssetzungslehre* (1999); *Rödiger/Baden/Kindermann*, *Vorstudien zu einer Theorie der Gesetzgebung* (1974); *Schmidt-Jortzig*, *Gesetzgebung als Wissenschaftsaufgabe*, ZG 1987, 374; *Schulze-Fielitz*, *Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung* (1988); *Schuppert*, *Gute Gesetzgebung*, ZG 18 (2003), Sonderheft 18; *Steinbach*, *Rationale Gesetzgebung* (2017); *Thaysen*, *Gesetzgebungslehren*, ZParl 1984, 137; *Wyduckel*, *Gesetzgebungslehre und Gesetzgebungstechnik*, DVBl. 1982, 1175; sowie die Einzelbeiträge in: *Karpen* (Hrsg.), *Zum gegenwärtigen Stand der Gesetzgebungslehre in der Bundesrepublik Deutschland* (1998); *H. Schäfer/Triffterer* (Hrsg.), *Rationalisierung der Gesetzgebung* (1984); *Schäffer* (Hrsg.), *Theorie der Rechtssetzung* (1988); *Thaysen/Merten* (Hrsg.), *Grundfragen der Gesetzgebungslehre* (2000); *Winkler/Schilcher* (Hrsg.), *Gesetzgebung – Kritische Überlegungen zur Gesetzgebungslehre und Gesetzgebungstechnik* (1981); vgl. auch die Auswahlbiographie zur Gesetzgebungslehre von *E. Baden*, in: *Schreckenberger* (Hrsg.), *Gesetzgebungslehre* (1986), S. 187–201 (seinerzeit bereits mit 320 Titeln!).

¹⁴ Die Zeitschrift gilt als „Seismograph der Gesetzgebungslehre in Deutschland“: *Schulze-Fielitz*, *Zwanzig Jahre „Zeitschrift für Gesetzgebung“ als Seismograph der Gesetzgebungslehre in Deutschland*, ZG 2006, 209.

Kongresse¹⁵ sowie die Verankerung an einzelnen Hochschulen und Universitäten, namentlich der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.¹⁶

Inhaltlich lassen sich mehrere Teilbereiche unterscheiden, namentlich die Rechtsquellenlehre (Gesetzesanalytik), die ablaforientierte und die wertende Analyse des Gesetzgebungsverfahrens (Gesetzgebungstaktik und -methodik) sowie die Betrachtung der formalen Gestaltung von Gesetzen (Gesetzestechnik).¹⁷ Die Gesetzgebungslehre beschränkt sich mithin nicht auf die beschreibende Darstellung, sondern thematisiert – weitergehend als die frühere Methodenbewegung – durchaus auch Effektivitätsüberlegungen, etwa bei Fragen der Gesetzesevaluation und der Rationalisierung der Gesetzgebung.¹⁸ Unterstützung erfährt sie hierbei vor allem durch Rechtssoziologie und -ökonomik, die sich mangels ausdrücklicher Verfassungsvorgaben für die Entwicklung von Optimierungsgeboten fruchtbar machen lassen.¹⁹ Die Geltung entsprechender Postulate – einer „Pflicht zum guten Gesetz“²⁰ – ist freilich umstritten; mehrheitlich heißt es, der Gesetzgeber „schulde nur das Gesetz“.²¹

Unabhängig davon nimmt die Gesetzgebungslehre neben Akten der Gesetzgebung zwar auch solche der Verwaltung und der Rechtsprechung mit in den Blick, bleibt dabei aber naturgemäß mit der überwiegend hierarchisch orientierten Teilordnung des öffentlichen Rechts verhaftet. Fragen kon-

¹⁵ S. nur die Auflistung von nicht weniger als elf einschlägigen Tagungsbänden alleine in der Dekade zwischen 1975 und 1985 bei *Emmenegger*, *Gesetzgebungskunst – Gute Gesetzgebung als Gegenstand einer legislativen Methodenbewegung in der Rechtswissenschaft um 1900* (2006), S. 80, in Fn. 176.

¹⁶ Zum Stellenwert in der Juristenausbildung *Meßerschmidt*, *Gesetzgebungslehre zwischen Wissenschaft und Politik – Teil 1*, ZJS 2008, 111, 112; ausführlicher (allerdings veraltet): *Merten*, *Gesetzgebungslehre in der Juristenausbildung*, in: Schreckenberger (Hrsg.), *Gesetzgebungslehre* (1986), S. 178.

¹⁷ S. etwa *Karpen*, *Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen*, AÖR 129 (2004), 643, 644.

¹⁸ So gilt die Gesetzesfolgenabschätzung gar als „Herzstück der jüngeren Gesetzgebungslehre“: *Köck*, *Gesetzesfolgenabschätzung und Gesetzgebungsrechtslehre*, *VerwArch* 93 (2002), 1, 9; ähnlich *Meßerschmidt*, *Gesetzgebungslehre zwischen Wissenschaft und Politik – Teil 2*, ZJS 2008, 224, 226. Eingehend zur Effektivität als Rationalitätspostulat der Gesetzgebung zuletzt *Steinbach*, *Rationale Gesetzgebung* (2017), S. 132–161.

¹⁹ Näher etwa *Binder*, *Regulierungsinstrumente und Regulierungsstrategien im Kapitalgesellschaftsrecht* (2012), S. 27–31; zur verfassungsrechtlichen Einordnung solcher Rationalitätsgebote vgl. statt aller *Joel Reyes y Ráfales*, *Das Umschlagen von Rationalitätsdefiziten in Verfassungsverletzungen am Beispiel des Atomausstiegs*, *Der Staat* 52 (2013), 597, 600–606; *Steinbach*, *Rationale Gesetzgebung* (2017), S. 106–132.

²⁰ *Burghart*, *Die Pflicht zum guten Gesetz* (1996); *Schwerdtfeger*, *Optimale Methodik der Gesetzgebung als Verfassungspflicht*, *FS Ipsen* (1977), 173.

²¹ Vgl. nur *Schlaich*, *Die Verfassungsgerichtsbarkeit im Gefüge der Staatsfunktion – 3. Mitbericht*, *VVDStRL* 39 (1981, Nachdruck 2012), 99, 109; *Waldhoff*, *Der Gesetzgeber schuldet nicht als das Gesetz*, *FS Isensee* (2007), 325, 342 („Klugheitsgebot“); *Merten*, „Gute“ Gesetzgebung als Verfassungspflicht oder Verfahrenslast?, *DÖV* 2015, 349, 360.

sensualer oder kooperativer Regelsetzung²² und „regulierter Selbstregulierung“²³ spielen zwar durchaus eine Rolle, erweisen sich aber als Herausforderung: Die komplexe Vielfalt zunehmend auch nicht-staatlicher Regelungsinstrumente bringt die traditionelle Gesetzgebungslehre bereits begrifflich an ihre Grenzen.²⁴

b) *Anglo-amerikanischer „rules-talk“*

Ganz ähnliche Entwicklungstendenzen sind – nahezu zeitgleich – in der anglo-amerikanischen Rechtswissenschaft zu verzeichnen. Jene intradisziplinäre Unterteilung zwischen Privat- und öffentlichem Recht ist hier freilich ungleich weniger ausgeprägt; interdisziplinäre Forschungsansätze sind umgekehrt von vorneherein tiefer verwurzelt. Als Ausgangspunkt der Teildisziplin gilt ein Beitrag von *Isaac Ehrlich* und *Richard Posner* aus dem Jahr 1974 zur ökonomischen Analyse der Regelsetzung, der auf den optimalen Präzisionsgrad von Regeln zielt.²⁵ Seither untergliedert sich die Diskussion, ähnlich wie in Deutschland, in Fragen der Klassifizierung, den Entstehungsprozess, die Durchsetzung und die Legitimität von Regeln.²⁶ Die einzelnen Regelsetzungstechniken erfahren umfangreiche Aufmerksamkeit,²⁷ ebenso folgen- und anreizorientierte, teils stärker konsensuale Formen der Regulierung („responsive regulation“).²⁸

²² S. jedoch *Becker*, Kooperative und konsensuale Strukturen in der Normsetzung (2005); *Michael*, Rechtsetzende Gewalt im kooperierenden Verfassungsstaat (2002); allgemein zum Leitbild des kooperierenden, paktierenden Verhandlungsstaat, der nicht mehr (nur) auf hoheitlichen Befehl und zwingende Regeln setzt: *Baer*, „Der Bürger“ im Verwaltungsrecht (2006), S. 130–150; *di Fabio*, Verwaltung und Verwaltungsrecht zwischen gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Steuerung – 2. Bericht VVDStRL 56 (1996, Nachdruck 2013), 235; *Schmidt-Preuß*, Verwaltung und Verwaltungsrecht zwischen gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Steuerung – 1. Bericht, VVDStRL 56 (1997, Nachdruck 2013), 160, 162 und bereits *Ritter*, Der kooperative Staat, AöR 104 (1979), 389.

²³ S. *Augsberg*, Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft (2003); *W. Berg u. a.* (Hrsg.), Regulierte Selbstregulierung als Steuerungskonzept des Gewährleistungsstaates (2001); *Stockhaus*, Regulierte Selbstregulierung im europäischen Chemikalienrecht (2015); *Talidou*, Regulierte Selbstregulierung im Bereich des Datenschutzes (2005); *Thoma*, Regulierte Selbstregulierung im Ordnungsverwaltungsrecht (2008).

²⁴ Ähnlich *Buck-Heeb/Dieckmann*, Selbstregulierung im Privatrecht (2010), S. 30; *Nobel*, Gesetz oder private Selbstregulierung?, in: *Dufour/Hirsch* (Hrsg.), Kolloquium schweizerisches Kapitalmarktrecht (1987), S. 441, 448; vgl. außerdem Nachw. unten, Fn. 40.

²⁵ *Ehrlich/Posner*, An Economic Analysis of Legal Rulemaking, *Journal of Legal Studies* 3 (1974), 257.

²⁶ Überblicksweise und mit zahlreichen w.N. *Black*, Rules and Regulators (1997), S. 2 (in Fn. 4–7).

²⁷ Monographisch vor allem: *Ogus*, Regulation: Legal Form and Economic Theory (1994); vgl. ferner *Schauer*, Playing by the Rules (1993); *Twining/Miers*, How to Do Things with Rules (2010).

²⁸ *Ayres/Braithwaite*, Responsive Regulation (1992); zur Rezeption in Deutschland vgl. *Bizer/Führ/Hüttig* (Hrsg.), Responsive Regulierung (2002).

In der mithin auch in diesem Rechtskreis überbordenden Literatur zur Regelsetzungsfragen lassen sich mehrere Entwicklungsschritte unterscheiden. *Lawrence Lessig* differenziert unterschiedliche „generations of rules-talk“²⁹ und spricht von einer sog. „New Chicago School“.³⁰ Diese letzte Entwicklungsstufe zeichnet sich demnach durch ihre funktionale, ergebnisorientierte Untersuchungsmethode aus, die nach den Determinanten effektiver Regulierung fragt, vor allem aber durch stärkere Kontextualisierung und die Einbeziehung unterschiedlichster, auch außerrechtlicher Regelungsinstrumente.³¹ Hinter diesem übergreifenden Ansatz steckt der Gedanke, das menschliches Verhalten keineswegs nur durch Rechtsvorschriften gesteuert wird, sondern auch durch Sozialnormen, Märkte und allgemein durch „Architektur“ (gemeint sind hier rein tatsächliche, etwa technische Faktoren), so dass sich Regelsetzungsfragen nur in einem entsprechend breiten Kontext sinnvoll untersuchen lassen.³²

Einen wichtigen Meilenstein dieses Forschungsprogramms markiert das im Jahr 1997 erschienene Buch „Rules and Regulators“ der englischen Rechtswissenschaftlerin *Julia Black*,³³ das mit entsprechender Methodik speziell die Regulierung von Finanzmärkten in den Blick nimmt und dabei nicht nur tradierte Trennlinien zwischen Privat- und öffentlichem Recht überschreitet, sondern eben auch außerrechtliche Faktoren einbezieht. Wichtig ist dieses Buch nicht zuletzt auch deshalb, weil sich seine Schlussfolgerung „Towards a Theory of Rule Making!“³⁴ als eine Art Losung verstehen lässt, die die weitere Entwicklung der rechtswissenschaftlichen Diskussion über die letzten beiden Jahrzehnte prägt.³⁵

3. Hochphase

In Deutschland hat sich diese Losung zuerst *Holger Fleischer* inhaltlich zu eigen gemacht, zunächst in einem Aufsatz aus dem Jahr 2004 (mit dem treffenden Untertitel „Prolegomena zu einer Theorie gesellschaftsrechtlicher Regelsetzung“)³⁶ und noch prononcierter dann kurze Zeit später auf dem bereits er-

²⁹ *Lessig*, Besprechung v. *Black*, *Rules and Regulators*, *Modern Law Review* 62 (1999), 803, 803 f.; *ders.*, *The new Chicago School*, *J. Legal Stud.* 27 (1998), 661, 673–676.

³⁰ So der Titel von *Lessig*, *The new Chicago School*, *J. Legal Stud.* 27 (1998), 661.

³¹ *Konzise Lessig*, Besprechung v. *Black*, *Rules and Regulators*, *Modern Law Review* 62 (1999), 803, 804.

³² Hierzu im Einzelnen: *Lessig*, *The new Chicago School*, *J. Legal Stud.* 27 (1998), 661, 662–672.

³³ *Black*, *Rules and Regulators* (1997).

³⁴ *Black*, *Rules and Regulators* (1997), S. 246–250.

³⁵ Zum derzeitigen Stand der anglo-amerikanischen Regulierungsdiskussion vgl. etwa die Beiträge in *Drahos* (Hrsg.), *Regulatory Theory* (2017); ferner *Morgan/Yeung*, *An Introduction to Law and Regulation* (2007); *Baldwin/Cave/Lodge* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Regulation* (2010); *Levi-Faur* (Hrsg.), *Handbook on the politics of regulation* (2011).

³⁶ *Fleischer*, *Gesetz und Vertrag als alternative Problemlösungsmodelle im Gesellschaftsrecht*, *ZHR* 168 (2004), 673.

währten Hamburger Zukunftsperspektiven-Symposium, ebenso wie dort auch *Horst Eidenmüller*.³⁷ Auch wenn *Black* und *Lessig* jeweils nicht explizit in Bezug genommen werden: Nicht nur qua Fachmaterie und Stoßrichtung, sondern auch im Gedankengang sind Parallelen zu „Rules and Regulators“ und der „New Chicago School“ unverkennbar, etwa wenn „Märkte, Recht und außerrechtliche Regeln“ als Steuerungsinstrumente und Regelungsebenen untersucht werden.³⁸

Zeitgleich entstanden die ersten großen Monographien, die sich als Vorreiter der privatrechtlichen Regelsetzungslehre zuordnen lassen, nämlich die Habilitationsschriften von *Anne Röhbel* zu Präzisionsgrad und Konkretisierung privatrechtlicher Normen und von *Gregor Bachmann* zur privaten Regelsetzung.³⁹ Seither sind in Deutschland weit mehr als ein Dutzend einschlägige Monographien erschienen, die sich allesamt mit privatrechtlichen Regelsetzungsfragen befassen, etwa mit zwingendem und dispositivem Recht, mit hybriden Regulierungsinstrumenten, gesetzlichen Mustern und Fragen der Normkonkretisierung – insgesamt über neuntausend Seiten, entstanden im Wesentlichen innerhalb dieses Jahrzehnts.⁴⁰ Auch wenn man vielleicht bei Einzelwerken über die Zuordnung zur Regelsetzungslehre streiten mag, besteht der gemeinsame Nenner jener zahlreichen Forschungsbeiträge in einem modalen Untersuchungsansatz, der nicht primär den Inhalt von Regeln, sondern die Art und Weise der Regelsetzung in den Blick nimmt und damit eine Art Werkzeug- oder Instrumentenkasten liefert – durchaus vergleichbar mit der tradierten Gesetzgebungslehre, aber mit ungleich stärker privatrechtlichem Fokus und unter Berücksichtigung der spezifischen Eigendynamiken privatautonomer Selbstbestimmung. Spiegelbildlich plädiert man zugleich von öffentlich-rechtlicher Seite für die Etablierung einer breitflächigeren Regelsetzungslehre (oder auch

³⁷ Nachw. oben, Fn. 3.

³⁸ *Fleischer*, Gesetz und Vertrag als alternative Problemlösungsmodelle im Gesellschaftsrecht, ZHR 168 (2004), 673, 704–707 („Geschäftsleiter zwischen Markt, Recht und gesellschaftlicher Norm“).

³⁹ *Röhbel*, Normkonkretisierung im Privatrecht (2004); *Bachmann*, Private Ordnung (2006).

⁴⁰ S. vor allem (in chronologischer Reihenfolge): *Bechtold*, Die Grenzen zwingenden Vertragsrechts (2010); *Cziupka*, Dispositives Vertragsrecht, 2010; *Maultzsch*, Streitentscheidung und Normbildung durch den Zivilprozess (2010); *Renner*, Zwingendes transnationales Recht (2010); *Möslein*, Dispositives Recht (2011); *Weiss*, Hybride Regulierungsinstrumente (2011); *Binder*, Regulierungsinstrumente und Regulierungsstrategien im Kapitalgesellschaftsrecht (2012); *Kähler*, Begriff und Rechtfertigung abdingbaren Rechts (2012); *Poelzig*, Normdurchsetzung durch Privatrecht (2012); *Kahnert*, Rechtsetzung im Europäischen Gesellschaftsrecht (2013); *Fornasier*, Freier Markt und zwingendes Vertragsrecht (2013); *Podszun*, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte (2014); *Damler*, Das gesetzlich privilegierte Muster im Privatrecht (2015); *Franck*, Marktordnung durch Haftung (2016); *Kuntz*, Gestaltung von Kapitalgesellschaften zwischen Freiheit und Zwang (2016); *Hellgardt*, Regulierung und Privatrecht (2016); hinzu kommen zahlreiche Zeitschriftenbeiträge, etwa *Schürmbrand*, Gesetzliche Muster im Verbraucherschutzrecht, JZ 2015, 974 („Gesetzliche Muster im Verbraucherschutzrecht“).

Regelungswissenschaft), die sich teildisziplinenübergreifend der Querschnittsfrage widmet, auf welche Art und Weise Rechtsregeln gesetzt werden.⁴¹

Die Gründe für diese sprunghafte Entwicklung der Regelsetzungslehre über die letzte Dekade, auch und nunmehr primär auf Seiten des Privatrechts, sind vielfältig und lassen sich hier nur knapp skizzieren. Kodifizierungsprojekte spielen, ähnlich wie um 1900, sicherlich auch heute wieder eine Rolle. Inzwischen geht es freilich primär um Projekte auf europäischer Ebene: Man denke nur an das inzwischen aufgegebene Vorhaben eines Europäischen „Kaufgesetzbuchs“ oder an die derzeitige Initiative für ein Europäisches Wirtschaftsgesetzbuch.⁴² Etwas tiefgründiger kommen außerrechtliche Impulse hinzu; die drei zentralen Entwicklungen lassen sich mit den Schlagworten Innovation, Globalisierung und Entstaatlichung beschreiben.⁴³ Innovationsdynamik erfordert rechtliche Anpassungsfähigkeit, die sich in einem eher starren Regelungssystem kodifizierter Gesetznormen schwer verwirklichen lässt, und die deshalb eine Ausdifferenzierung unterschiedlichster Regelungsinstrumente begünstigt.⁴⁴ Globalisierung verbreitert die Wahlfreiheit der Regelungsadressaten und befördert dadurch den Wettbewerb der Rechtsordnungen, der wiederum Regelgeber zwingt, die Attraktivität und damit Akzeptanz ihrer jeweiligen Regelungsregime zu verbessern.⁴⁵ Entstaatlichung bezeichnet schließlich das damit eng verbundene Phänomen, dass Regelungsinstrumente immer häufiger von (oder unter Beteiligung von) nicht-staatlichen Akteuren bereit gestellt werden; es entsteht „law beyond the state“.⁴⁶ Dadurch erhöht sich nicht nur die Vielfalt an

⁴¹ S. vor allem *Schuppert*, Governance und Rechtsetzung – Grundfragen einer modernen Regelungswissenschaft (2011); ähnlich ferner *Augsberg*, Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft (2003).

⁴² Vgl. einerseits Aktionsplan der EU-Kommission für ein kohärenteres europäisches Vertragsrecht, KOM (2003), 68 endg. und Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, KOM (2011), 635 endg.; andererseits: *Association Henri Capitant*, La construction européenne en droit des affaires: Acquis et perspectives, LGDJ Paris 2016; dazu näher: *Dupichot*, Vom Brexit zum Europäischen Wirtschaftsgesetzbuch, ZEuP 2017, 245; *Lehmann*, Französisch-deutsche Initiative für ein europäisches Wirtschaftsgesetzbuch, ZEuP 2017, 217; *ders.*, Das europäische Wirtschaftsgesetzbuch – Eine Projektskizze, GPR 2017, 262; *Riesenhuber*, Und jetzt ein europäisches Wirtschaftsgesetzbuch?, GPR 2017, 270; *J. Schmidt*, Ein Europäisches Wirtschaftsgesetzbuch?!, GmbHR 2016, R369; *Ungerer*, „Braucht Europa ein Wirtschaftsgesetzbuch?“ – Bericht über die Tagung an der Universität Bon, ZEuP 2017, 1007; sowie Weissbuch der EU-Kommission zur Zukunft Europas, Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, KOM (2017), 2025 endg., S. 12.

⁴³ Ausführlich zu diesen drei Herausforderungen *Möslein*, Dispositives Recht (2011), S. 441–466.

⁴⁴ Näher *Grundmann/Möslein*, Innovation im Vertragsrecht – Eine Skizze zu Funktionalität, Pluralität und Dynamik, FS Schwintowski (2017), S. 410, bes. 420–426.

⁴⁵ Hierzu im Einzelnen *Möslein*, Dispositive Regeln im transnationalen Privatrechtsverkehr – Same same, but different?, in: Callies (Hrsg.), Transnationales Recht (2014), S. 155, 156–159.

⁴⁶ So die (Unter-)Titel von *Michaels*, The True Lex Mercatoria: Law Beyond the State, Indiana Journal of Global Legal Studies 14 (2007), 447 ff.; *ders./Jansen*, Private Law Beyond the

Regelungsinstrumenten, sondern es entstehen auch zwei- und dreiseitige Regelungs- und Ordnungsmechanismen,⁴⁷ deren Entstehungs- und Wirkungs- dynamik neuartige Legitimations- und Anwendungsfragen aufwirft,⁴⁸ die sich ohne Berücksichtigung der privaten Regelungsadressaten und ihrer privatautonomen Selbstverantwortung nicht mehr sinnvoll beantworten lassen. Entsprechend ist auf dem Feld der Regelsetzung besonders auch die Privatrechtswissenschaft gefordert.

II. Tableau der Regelungsinstrumente

In der Rechtswirklichkeit ist die Vielfalt an Regelungsinstrumenten in der Tat ausgesprochen groß.⁴⁹ Betrachtet man etwa das Wirtschafts- oder auch das Verbraucherrecht, so reicht das Spektrum von strikten inhaltlichen Ge- und Verboten über die Gestaltung von Anreizstrukturen, etwa durch Haftungsregeln, über prozedurale Ansätze, etwa Informationsregeln, und Musterregelungen bis hin zu konsensualen Vereinbarungen mit einzelnen Regelungsadressaten; hinzu kommen neuere Rechtsetzungsformen wie Standards, Zertifizierungsmechanismen oder Codes of Conduct.⁵⁰ Koproduzierte Rechtsetzung tritt immer stärker an die Stelle hierarchischer Gesetzgebung; „Staat und Gesellschaft stehen sich in der Gesetzgebung längst nicht mehr dichotomisch gegenüber, sondern öffentliche und private, staatliche, zivilgesellschaftliche und ökonomische, nationale, europäische, trans- und internationale Akteure kooperieren vernetzt in den vielfältigsten Rechtsetzungsformen“.⁵¹

State? Europeanization, Globalization, Privatization, Am. J. Comp. L. 54 (2006), 843 ff. und dies. (Hrsg.), *Beyond the State* (2008); vgl. zudem nochmals *Möslein*, Dispositive Regeln im transnationalen Privatrechtsverkehr – Same same, but different?; in: *Calliess* (Hrsg.), *Transnationales Recht* (2014), S. 155, 159–163.

⁴⁷ *Calliess/Renner*, Rechtssicherheit ohne Staat?, in: *Gosewinkel/Schuppert* (Hrsg.), *Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit* (2008), S. 205; *Calliess/Dietz/Konradi u. a.*, Transformation des Handelsrechts? Neue Formen von Rechtssicherheit in globalen Austauschprozessen, in: *Hurrelmann/Leibfried u. a.* (Hrsg.), *Zerfasert der Nationalstaat?* (2008), S. 143; grundlegend *Williamson*, *The Economic Institutions of Capitalism* (1985), S. 72–79.

⁴⁸ Allgemein zur Problematik bereits *Kirchhof*, *Private Rechtsetzung* (1987), S. 486–504 („Einheit der Rechtsordnung trotz Vielfalt der Rechtsetzer“).

⁴⁹ Vgl. zum Folgenden auch *Möslein*, *Regelsetzung und Ordnungsökonomik*, in: *Zweynert/Kolev/Goldschmidt* (Hrsg.), *Neue Ordnungsökonomik* (2016), S. 19, 28–33.

⁵⁰ Näher etwa zur Regelungsvielfalt im (Europäischen) Verbraucherrecht: *Möslein*, *Die Schutzzinstrumente im Verbraucherrecht und ihre Funktionen*, in: *Herrsthall* (Hrsg.), *Handbuch zum Europäischen Verbraucherrecht*, (in Vorbereitung für 2019).

⁵¹ *Kersten*, *Besprechung v. Schuppert, Governance und Rechtsetzung. Grundfragen einer modernen Regelungswissenschaft*, *AöR* 136 (2011), 639.

Stichwortverzeichnis

- Abbedingung 154, 156f., 191f., 196ff.,
460, 462
Abbedingungshürde 191f., 199ff.
Abdingbares Recht; *s. auch* dispositives
Recht 186, 190
ADR 308, 321ff.
AGB-Richtlinie; *s. auch* Klauseln, unfaire
bzw. missbräuchliche 152, 318
Aggregatzustände (von Normen) 40f.,
149
Aktie 381, 391, 398, 413, 416, 426
Aktiengesellschaft (AG) 188, 206, 381,
386, 388, 390f., 393
Amicus curiae 246f., 252, 361
Arbeitsrecht 26, 62, 113, 169, 440ff.
Auffangordnung 23
Ausdrücklichkeitsirrtum 197
Auslegung, europarechtskonforme 20,
159ff.

Basiskonto 213
Bindungswirkung 40, 105, 152, 245f.,
252, 342, 361, 364, 388, 452
Börsengeschäftsbedingungen 413, 419ff.,
429f.

collective laissez-faire 454f.
Courage/Crehan 230, 235, 237, 333ff.,
340, 344ff., 357, 360, 370ff.

Darwin, Charles 259ff., 269ff., 277, 298
Dashcam 256, 258, 280ff.
DCFR (Draft Common Frame of Refer-
ence) 152, 219, 223, 336
DCGK (Deutscher Corporate Govern-
ance Kodex) 50, 104, 158, 206, 387f.,
394

Detaillierungsirrtum 198
Dispositives Recht bzw. dispositive
Regeln; *s. auch* abdingbares Recht 8,
13f., 23, 26, 125, 149, 153ff., 159, 162,
170, 174ff., 185, 190, 209, 312, 316, 319,
376, 381ff., 391f., 395, 413, 419
Diversität 43, 271ff.
Drittsschutz 168, 171
Durchsetzungsintensität 11, 13f.
Dworkin, Ronald 274f.

Effektivitätsgebot bzw. -grundsatz 228,
230, 233ff., 241ff., 250ff., 333f., 337ff.,
354ff., 370ff.
Effet utile 333f., 344ff., 359, 371
Effizienz 63ff., 73, 87, 91, 264f., 410
Eingriffsnorm 178ff.
EMCA (European Model Company
Act) 220
Entdeckungsverfahren 91, 173, 256,
265f., 272, 276, 286, 298
Entgeltfortzahlung 440, 443f.
Entstaatlichung 9, 17, 57, 143
ex ante bzw. *ex post* 16, 18, 82, 138, 146,
362; 16, 18, 93, 138, 146

Finanzinstrument 408, 413, 416
Francovich 334f.

Geldbußen 229ff., 241, 249, 252
Gemeinwohl 47, 51, 127, 129, 130, 131,
132, 133, 134, 178f., 228, 410f.
Generalklausel 16, 23, 106, 151ff., 161,
168, 171, 194f., 204, 274, 318, 378, 380,
383ff.
Gerechtigkeit, ausgleichende 127, 352f.,
356

- Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) 209 f., 214, 379 f., 383 ff.
 Gesetzesrecht, tarifdispositives 359 ff.
 Gesetzgeber 5, 11 ff., 62, 79, 92, 113, 122 ff., 149, 154 f., 170 f., 175 f., 185 ff., 194 ff., 206 ff., 216 ff., 228, 230, 241, 262, 268, 293, 304, 332, 344 f., 354 ff., 387, 392 f., 409, 436, 454 ff.
 Gesetzgebungslehre 2, 4 ff., 8, 140 f.
 Gewährleistungsstaat 48, 51, 116
 Gewaltenteilung 166, 173, 184, 433
 – gesellschaftliche 173 f.
 – staatliche 175 f.
 Globalisierung 9, 17, 39, 53, 86, 114, 143, 269, 446
 Governance 13, 21, 23, 32, 43 ff., 57, 60, 70, 76, 80 f., 101, 104, 158, 387, 394
 Gremienbesetzung 102 f.
 Grundfreiheiten, europäische 86, 160, 173, 305, 404, 449
 Grundrechte 96 ff., 114, 173, 201, 456

 Härtegrade (von Recht) 42 f.
 Handelsbrauch 12
Hayek, Friedrich A. von 12, 77, 91, 173, 265 f.
 herrschende Meinung bzw. h. M. 134, 268 f., 414
 Hybridphänomene 98, 113

 Informationsasymmetrie 70, 75, 131, 168, 171 f., 176, 306, 422
 Informationspflicht, vorvertragliche 26, 304, 306 ff., 328
 Informationszugang 238, 240 ff., 252
 Innovation 2, 9, 22 f., 61, 67, 69 f., 72 f., 90, 96, 111, 116, 118, 143, 258 f., 267, 273, 286, 393
 institutionelles Gleichgewicht 355 f.
 Interdisziplinarität 21, 147
 Internationale Arbeitsorganisation (IAO bzw. ILO) 447
 Internationales Privatrecht 177, 179
 Intradisziplinarität bzw. intradisziplinär 6, 21 f., 141, 145

 Justizsystem 270

 Kapitalmarktrecht 15, 21, 26 f., 140, 228, 230 ff., 238, 240, 242, 246 f., 252 f., 398 ff.
 – Besonderheiten der Regulierung 400 ff., 408
 – Regulierungsbegriff 399 f., 410 f.
 – private Regelsetzung 403, 421, 428, 440,
 – Marktbezogenheit 406 ff.
 Kapitalmarktunion 428, 435 f.
 Kartellrecht 26, 34, 60, 168, 171, 182 f., 229 ff., 239, 241 ff., 252, 332 ff., 464
 Kartellschadensersatz 26, 230, 241 f., 251, 332 ff., 337 ff., 342, 345 ff., 351, 354 ff., 360 ff.
 Kodifizierung bzw. Kodifikation 2 ff., 9, 187, 190 ff., 203 f., 295, 329, 386, 440
 Kollektivvertrag 451 ff., 454 f., 457, 459 ff., 462 ff.
 Kompensationswirkung 111 f.
Kone 336, 338, 342 ff., 351 ff., 356 f., 365
 Klauseln, unfaire bzw. missbräuchliche; s. auch AGB-Richtlinie 115, 153, 158, 176, 208, 304, 319 f., 326, 453
 Kronzeugen 229, 237, 240 ff., 350, 365 f.
 Kronzeugendokumente und -erklärungen 240 ff., 341, 350, 366 ff.
 Kündigung 126, 127, 128

 Legitimation 101, 105, 114 ff.

 Marktfunktionsschutz 168, 171
 Marktmacht 52 f., 69 f., 171, 408
 Marktregulierung 129, 131, 404 ff., 410 ff.
 Marktversagensprobleme 66 f., 68 ff., 74 f., 76 ff., 85
 Mehr-Ebenen-Rechtssysteme 85 ff.
 Mehrfachsanktionierung 249 ff.
 Methodenlehre 17 ff., 29, 122, 124, 128, 138 ff.
Mill, John Stuart 445 f.
 Mindestlohn, gesetzlicher 442 f., 449, 456, 458
 Muster, gesetzliches 207 ff., 312

- Musterbelehrung bzw -erklärung 304
 Mustersatzung 207 ff., 210, 214
 Netzwerkeffekte 415

New Cases 268 f., 277, 298
New Chicago School 7 f.
 Normenpluralismus 98, 106, 117 f.
 Normsetzungsverfahren 115, 400, 403 f.,
 426
 Normzweck 154
nudge 196, 207

 offene Handelsgesellschaft (oHG) 376,
 378 f.
 Ökonomie bzw. Ökonomik 5 f., 23, 25 f.,
 43 f., 56, 59 ff., 101, 114, 134, 147, 170 ff.,
 197, 207, 263, 265 f., 277 ff., 303 f., 326 f.,
 409 f., 415, 419, 437
 Online Dispute Resolution (ODR) 308,
 321 f.
 Opt-in-Regelung 75, 316, 364, 382
 Optionsmodell 206
 Opt-out-Regelung 75, 207, 316, 363 f.,
 382
ordre public 179 f., 183

 Parteiautonomie 177 ff., 180, 183
 Parteiwille 156, 191
 Paternalismus; s. *auch* Rechtspaternalis-
 mus 207, 316
 PECL (Principles of European Contract
 Law) 152
penalty default 170, 382
 Personengesellschaft 376
 Pfadabhängigkeit 23, 278, 280, 286, 295 f.
 Politik 1, 3, 39, 47, 57, 59, 60 f., 64 f., 67 f.,
 76, 109, 123, 127, 128, 129, 130, 131 f.,
 133, 173, 432, 442, 448 f., 459
 Prävention 26, 48, 71, 129, 273, 346 f.,
 349 ff., 354
 Präzedenzfall bzw. Präzedenzfälle 256,
 265, 279, 297
 Preisschirmschäden 336 ff., 343 ff., 348 f.,
 351 ff., 356 ff.
private enforcement 15, 228 ff., 233, 235,
 238, 241, 249, 252 f., 360 f., 370, 436

 Problemlösung 18 f., 22, 92, 138 f., 141,
 146
 Proprium (der Rechtswissenschaft) 137 f.,
 161
 Prospektpublizität 421 ff.
 Prospektrecht; s. *auch* Wertpapierpro-
 spekte 413, 421 f., 428
public enforcement 15, 228 ff., 233, 238,
 240 ff., 249, 253, 360

 Rationalität 47, 51, 66 ff., 70 f., 75, 166,
 170, 175 f., 280, 303 ff., 310
 Rechtsbegriff, pluraler 38
 Rechtsdogmatik 27, 122, 124, 128, 138,
 142, 146, 166 f., 174
 Rechtsetzungsmonopol 98
 Rechtsevolution 63, 90 ff., 268 f.
 Rechtsfunktionen 124 ff., 130
 Rechtsharmonisierung bzw. -verein-
 heitlichung 206 f., 216, 218, 311, 358,
 433
 Rechtsökonomik 73, 81, 437
 Rechtspaternalismus; s. *auch* Paternalis-
 mus 207, 316
 Rechtspluralismus 35 f., 38 f., 44, 150
 Rechtsquellenlehre 5, 17 f., 20, 50, 142
 Rechtssicherheit 24, 40, 130, 195, 198,
 208, 211, 257, 267, 269, 275, 361, 390
 Rechtssoziologie 5, 50, 123, 144, 175
 Rechtstheorie 17, 32, 141 f., 144
 Rechtstheorie, evolutionäre 23, 256, 258,
 263 f., 266, 274, 276, 298 f.
 Rechtswissenschaft, Einheit der 145
 Rechtsverbindlichkeit 98 f., 105 f., 113 ff.
 Regelanwendung 18 f., 143
 Regeldurchsetzung 227 ff., 304, 375
 Regelformulierung 26, 185 ff., 189 ff., 197,
 204
 Regelgeber 9 ff., 20 ff., 137 ff., 160 ff., 223,
 375, 403 ff.
 Regelsetzung
 – private; s. *auch* Selbstregulierung 45,
 95 ff., 111, 119, 317, 403, 421, 428, 440
 – tripartistische 457 f., 464
 Regelungsinstrument 122, 129, 131, 132,
 133, 135

- Regelungsintensität 20, 26, 150, 153 f.,
 157, 162, 389
 Regelungskwissen 9, 24 f., 39, 41, 44, 55 f.,
 149
 Regelungszuschnitt 11, 16, 150, 161
 Regulierte Selbstregulierung 6, 47, 402
 Regulierung 6 f., 11 f., 26 f., 52 f., 78, 110,
 116, 122, 131 f., 185 f., 188 f., 195 ff., 305,
 325, 387, 392, 399 ff., 410 ff., 417 f., 430,
 456
 Regulierung, private 12 f., 26, 42, 58,
 95 ff., 111 f., 157 f., 317 ff., 387, 426,
 430 ff., 436
 Regulierungsbegriff 188, 399, 403, 410
 Regulierungsprivatrecht 21, 305
 Regulierungsverantwortung 47, 383, 400,
 413, 421, 424, 429
 Regulierungswettbewerb; *s. auch* Wett-
 bewerb der Rechtsordnungen 9, 60,
 86 ff., 92, 221, 424, 432, 446 ff., 464
responsive regulation 6
Restatement 222 f.
Richter Herkules 275, 277, 282
 Richtigkeitsgewähr (des Vertragsmecha-
 nismus) 446, 459, 561
rules 16, 19, 32 f., 52, 56, 61, 81 f., 139,
 384 ff.
rules-talk 1, 6 f.
- Satzungsstrenge 381, 387, 391, 414
 Schiedsgerichtsbarkeit 165 f., 177, 180 ff.,
 219
 Schlichtungsstelle 321 f.
 Schwächerenschutz 165, 167, 169, 179,
 183, 303 f.
 Selbstregulierung; *s. auch* Regelsetzung,
 private 6, 20, 27, 47, 51 f., 74 f., 76, 81,
 110, 113 ff., 157 f., 175, 186, 388 f., 400,
 413, 420 f., 425 f., 429 ff.
 Soft Law, Hardening of 41
 Sozialrecht 104, 442, 448, 450, 464
 Sozialwissenschaft 32, 68, 263
 Spielregeln 34, 128, 135, 168
 Standardeinstellung 316
 Standardisierung 27, 53, 105, 212, 214 f.,
 328
- Finanzinstrumente 391, 413 ff.
 – Handel 419 f.
 – Wertpapierprospekte 421 ff.
sunset legislation 16
standards 10, 16, 19, 32, 39, 42 f., 53, 56,
 79 ff., 160, 316, 343, 345, 356, 371 f.,
 384 ff., 394, 399, 402, 415 ff., 426
 Systemstabilität 24
- Tarifaufonomie 46, 451, 455 ff., 460
 Teilzeit-Wohnrechtvertrag 212
 Transnationalität bzw. transnationale
 Konstellation 57, 138, 166, 177, 180,
 182 ff., 402, 430
 Treuepflicht 378, 380, 383
 Typologisierung der Regelsetzungsfor-
 men 12, 96, 102 ff., 105
- Ubiquität (von Regeln) 31, 33, 76
 unbestimmter Rechtsbegriff 16, 274,
 399
- UNCITRAL (United Nations Commis-
 sion on International Trade Law) 181,
 218 f.
- UNIDROIT (Institut international pour
 l'unification du droit privé) 152, 216,
 218 f.
- Urteil bzw. Gerichtsurteil 17, 40, 160,
 186, 191, 243, 249, 257 f., 267 f., 272,
 276, 279 f., 282, 284, 286 ff., 296 f., 333,
 340 ff., 359 f., 366 f.
- Van Gend en Loos* 234, 334
 Verbraucherleitbild 213, 325 ff.
 Verfahrensautonomie 331, 338, 340, 342
 Verflochtene Regelungsregime 31, 49
 Vergabe- und Vertragsordnung für Bau-
 leistungen (VOB) 205, 208, 214
 Verhaltensökonomie 308 f., 313, 326
 Verhaltenswissenschaft 20, 68, 71, 137 ff.,
 308, 313 ff., 326 ff.
- Verhältnismäßigkeit 133
 Verteilungsgerechtigkeit 127
 Vertragsrecht 125, 132 ff.
 Verwaltungsrechtswissenschaft 22, 45 ff.,
 48, 99 ff., 115 ff., 141

- Verbraucherrechterichtlinie (VR-RL) 312f.
- Wandel von Staatlichkeit 10, 47
- Wertpapierprospekte 397, 406, 413, 421f., 431
- Wettbewerb der Gesetzgeber 9, 125f., 222
- Wettbewerb der Rechtsordnungen 9, 221
- Whistle Blower* 240
- Widerrufsbelehrung, Muster 210ff., 214f., 303, 311f.
- Wirkungsanalyse 59, 66, 76, 83
- Wirkungsrirtum 199
- Wirtschaftsverfassung 167, 173, 180ff., 184
- (Zivil-)Gerichte, Rolle der 174, 298, 360
- zwingendes Recht 14, 26, 166f., 169f., 172f., 177f., 183ff., 189f., 193ff., 199ff., 206, 318, 376, 383f., 389ff., 395, 415, 419, 446
- zwingendes Vertragsrecht 8, 122, 131, 134, 170 ff., 176, 374, 446

